

**PRÄSIDENTENKONFERENZ DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICHS**

Wien I, Löwelstraße 12

Postfach 124 1014 Wien

Telefon 63 07 41, 63 77 31 Fernschreiber 13/5451

A. Z.: H-185/Sz

Betreff: Internat. Zuckerübereinkommen 1984

Zum Schreiben vom ...27.12.1984

A. Z.: .....1904.01/5-III.3/84

Es wird ersucht, bei Antwortschreiben das  
Aktenzeichen anzugeben.

Wien, am 10.1.1985

An das  
Bundesministerium für Auswärtige  
Angelegenheiten

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

BEZUGS-NUMMER	11
ZI	CE/1985
Datum	21. JAN. 1985
Verteilt	22. JAN. 1985 <i>Yich</i>

*J. Esterl*

Die Präsidentenkonferenz nimmt zum vorliegenden Abkommenstext  
wie folgt Stellung:

Obwohl die Abkommensverhandlungen im Rahmen der drei Runden der UN-Zuckerkonferenz 1983 und 1984 zur Aushandlung eines neuen operativen Internationalen Zuckerübereinkommens scheiterten, muß doch eine österreichische Mitgliedschaft dem nun vorliegenden reinen Verwaltungsabkommen ins Auge gefaßt werden, um die Kontinuität der Präsenz Österreichs, zur Absicherung unseres Zuckerexportsektors zu gewährleisten und eine nahtlose Teilnahme Österreichs an künftigen Abkommensverhandlungen auch im Rahmen der Internationalen Zuckerorganisation zu ermöglichen.

Außerdem ist für Österreich die Frage des Verfahrens bei Beendigung des gegenwärtigen Internationalen Zuckerübereinkommens (1977) von Bedeutung, da erhebliche Mittel involviert sind.

- 2 -

Vor allem sei verwiesen auf Punkt 4 des Art. 54 des ISA 1977. Dort heißt es:

"... beschließt der Rat in einer außerordentlichen Abstimmung wie über das nach Bezahlung aller Verbindlichkeiten des Fonds verbleibende Vermögen verfügt werden soll. Eine solche Verfügung kann auch eine völlige oder teilweise Übertragung des verbleibenden Vermögens auf einen vergleichbaren Fonds auf Grund eines späteren internationalen Nachfolgebereinkommens betreffend Zucker umfassen."

Dazu ist die Präsidentenkonferenz der Ansicht, daß das Fondsvermögen keinesfalls auf einen, eventuell in Zukunft zu errichtenden vergleichbaren Fonds übertragen werden soll, sondern nach Maßgabe der vom jeweiligen Mitgliedsland getätigten Einzahlungen, an die jeweiligen Mitgliedsstaaten zu refundieren wäre.

Der Generalsekretär:

gez. Dr. Karth

An das  
Präsidium des  
Nationalrates

Parlament  
1017 Wien